

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Zeitungsgesellschaft
Hauptredaktion: Dresden 21 38. Telephon 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweignelle Pulsnitz

— Erscheinung an jedem Werktag —
In Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundgebühren in RM: Die 42 mm breite Zeile (Wolfs's Zellenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60, Reklame RM 0.80, Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Forderung oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung
bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnitz, Hauswalde, Ohren, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zugl. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 298

Freitag, den 23. Dezember 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Das Reichskommissariat für Ausstellungen und Messen in Berlin beabsichtigt, im
Zusammenwirken mit anderen Stellen jährlich im voraus einen **Plan für gewerbliche
(einschließlich kunstgewerbliche) und landwirtschaftliche Ausstellungen hö-
herer Ordnung aufzustellen.** Als solche gelten nicht Kunstausstellungen sowie Aus-
stellungen, deren Bedeutung über den Bezirk der Amtshauptmannschaft nicht hinausgeht.

Die Veranstalter solcher geplanten Ausstellungen werden ersucht, diese bei der un-
terzeichneten Amtshauptmannschaft, wenn die Ausstellung im amtshauptmannschaftlichen Be-

zirke stattfinden soll, oder bei dem unterzeichneten Stadtrat, wenn die Ausstellung im Stadt-
gebiete veranstaltet werden soll, rechtzeitig unter Bekanntgabe der bereits feststehenden
Einzelheiten des Ausstellungs- und Finanzplanes, der Dauer der Ausstellung sowie der
Zusammenlegung der Ausstellungsorgane und der Ausstellertreife, möglichst nach Geschäfts-
tag und Sitz, anzumelden.

Ramenz und Pulsnitz, am 22. Dezember 1927.

Die Amtshauptmannschaft Ramenz — Der Stadtrat Pulsnitz

Das Wichtigste

Friand will das hegeische Hindenburgplafat nicht verbieten.
In Europa hat überall die Kälte nachgelassen. Stellenweise ist Tau-
wetter eingetreten.
Die Passivität des deutschen Außenhandels ist wieder erheblich gestiegen.
Die italienische Regierung hat einen Kreuzer zur Begrüßung des in
Genova weilenden deutschen Kreuzers Berlin nach dort beordert. Die
deutsche Kolonie wird eine Reihe von Festlichkeiten veranstalten.
Die Schifffahrt an der holländischen Küste ist sehr gefährdet.
Die französischen Eisenbahnen befinden sich in einer schlechten finanziellen
Lage.
Aus Badang werden große Erdbeben gemeldet, darunter ein Bergsturz
von 10 000 Kubikmeter. Einer der Hauptverbindungswege ist völlig
versperrt. Die Aufräumungsarbeiten werden mindestens einen Mo-
nat dauern.

Deutschland und das Wettrüsten zur See.

Was uns ein Marine-Sachverständiger
schreibt.

Der Reichsrat hat kürzlich bei den Beratungen
über den neuen Haushaltsplan für 1928 im Etat des
Reichswehrministeriums einen Posten von über
9 Millionen Mark gefürchtet, der als erste Rate für
den Neubau eines Linien Schiffes vorgesehen war.
Trotzdem der Reichswehrminister die Notwendigkeit
des Baubeginns für das erste neue Linien Schiff dar-
legte, drangen doch die Gegner dieses Planes durch,
wennleich die Mehrheit mit 36 gegen 32 Stimmen
nur knapp war.

Was diese Ablehnung bedeutet, mögen folgende
kurzen Tatsachen zeigen. Nach dem Versailler Vertrage
darf Deutschland nur 6 Linien Schiffe älterer Bauart,
6 kleine Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboot-
besitzer. Selbst diese kleine Wehrmacht zur See kann aber
mit den uns zugestanden 15 000 Marinemannschaften
nicht voll in Dienst gehalten werden, so daß zurzeit über-
haupt nur 4 Linien Schiffe und 4 Kreuzer in Dienst sind.
Immerhin hat aber der Versailler Vertrag uns doch die
Möglichkeit offengelassen, die alten Schiffe allmählich zu
ersetzen. Bei den Kreuzern ist dies erfreulicherweise in-
zwischen zum großen Teil in die Wege geleitet. Bei den
Linien Schiffen, die schon stark überaltert sind und dem-
entsprechend erhebliche Instandhaltungskosten verursachen,
soll jetzt mit dieser Erneuerung allmählich begonnen
werden. Dazu kommt, daß mit diesen Schiffsbauten ein
ganz bedeutender volkswirtschaftlicher Zweck verbunden
ist. Auf den Marinewerften werden Tausende von
Arbeitern beschäftigt, die bei einer Einschränkung der an-
sich schon sehr geringen Neubautätigkeit infolge not-
wendiger Schließung dieser Werften brotlos würden.

Kann man bei uns unter diesen Umständen beim
besten Willen nicht von einer gefährlichen „Aufrüstung“
sprechen, so zeigt ein Blick auf die Pläne der großen See-
mächte, wie gerade in letzter Zeit wieder der Gedanke der
„Abrüstung“ zur See dort aufgefaßt wird. Die Verei-
nigten Staaten sind nach dem ergebnislosen Ver-
lauf der diesjährigen Abrüstungsverhandlungen mit einem
neuen großen Bauprogramm an die Öffentlichkeit getreten,
das sich zwar im Rahmen des vorläufig noch gültigen
Washingtoner Abkommens hält, das aber doch unzwei-
deutig auf eine ganz wesentliche Stärkung und Ver-
mehrung der amerikanischen Flotte hinausläuft. Nicht
weniger als 56 neue Kriegsschiffe sollen in den nächsten
fünf Jahren gebaut werden, darunter allein 26 Kreuzer
von 10 000 Tonnen Größe, der Größe also, wie sie uns
nur für den Bau der neuen Linien Schiffe zugestanden ist.
Daneben wird die schon sehr starke Zerstörer- und U-Boot-
flotte erheblich weiter vermehrt werden. Daß unter diesen
Verhältnissen England nicht lange mit einem ebenfalls

Finanzieller Zusammenbruch der Welt durch die Reparationspolitik

Senkung der Lohnsteuer ab 1. Januar 1928 — Belgiens Heeresverstärkung als Sicherung gegen Deutschland
Das Freigabegezet in Washington angenommen — 170 Millionen Francs für Frankreichs Flottenrüstung
Arbeitskrise in Schweden — Deutschland muß unter allen Umständen zahlen

London. Der englische Wirtschaftssachverständige Sir
George Paish sieht die Wirtschaftslage der Welt als ziemlich
verzweifelt an. Er betont, daß die bedeutendsten Sach-
verständigen der Welt glauben, daß nichts einen finanziellen
Zusammenbruch in der ganzen Welt verhindern kann. Aber
nach seiner Meinung ist es noch möglich, die Lage zu retten.
„Wir haben uns niemals“, so sagt er, „in einer so ernsten
Lage befunden. Das gleiche gilt von der ganzen Welt, ein-
schließlich Amerikas. Wir haben alle die gleichen Maßnahmen
zu unternehmen und in Uebereinstimmung und auf Grund
von Vereinbarungen zu handeln. Amerika hat eine große
Menge Gold aufgespeichert, aber die Ausdehnung
des amerikanischen Kredits wird keine
achtzehn Monate länger fortdauern. Wenn
in den nächsten achtzehn Monaten nichts geschieht, dann
wird es unmöglich sein, die Lage zu retten.“

Die Reparationspolitik fügt uns allen einen ungeheuren
Schaden zu. Rußland ist für Europas Gedeihen unentbehrlich.
Deutschland kann Rußland nicht in der Weise Waren ver-
kaufen wie vor dem Kriege und muß mit uns auf den
Märkten der Welt konkurrieren, wodurch die Preise herunter-
gedrückt werden. England kauft von Amerika 200—300
Millionen Pfund Sterling an Produkten, und Amerika
kauft ungefähr 50 Millionen Pfund von uns.

Die Senkung der Lohnsteuer ab 1. Januar 1928.

Berlin. Durch das vom Reichstag verabschiedete Ge-
setz zur Änderung des Einkommensteuer-
gesetzes wird bekanntlich die Lohnsteuer mit Wirkung
vom 1. Januar 1928 ab weiter gesenkt, und zwar

1. durch Ermäßigung der einzubehaltenden Steuer um
15 v. H., höchstens um 2 Rm. monatlich;
2. durch Erhöhung der Kleinbetragsgrenze auf 1 Rm.
monatlich. An der bisherigen Berechnung der Steuer
ist nichts geändert worden, die Steuer ist in der gleichen
Weise wie bisher zu errechnen und abzurufen.

Der so ermittelte Steuerbetrag ermäßigt sich aber vom
1. Januar 1928 ab um 15 v. H., jedoch höchstens a) um 2 Rm.
monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate,
b) um 0,50 Rm. wöchentlich bei Zahlung des Arbeitslohnes
für volle Wochen, c) um 0,10 Rm. täglich bei Zahlung des
Arbeitslohnes für volle Arbeitstage, d) um 0,05 Rm. zwei-
stündlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für je zwei ange-
fangene oder volle Arbeitsstunden. Um dem Arbeitgeber
nicht eine neue Arbeit dadurch aufzubürden, daß er erstens
den Steuerabzug in der bisherigen Weise berechnen und
dann noch von dem so errechneten Steuerbetrag 15 v. H.
abziehen muß, werden amtliche Tabellen heraus-
gegeben, aus denen er für jeden Lohnbetrag und für jeden
Familienstand die auf den Arbeitslohn entfallende Steuer
ohne irgendwelche nähere Berechnung ablesen kann.

Belgiens Heeresverstärkung als Sicherung gegen Deutschland.

Brüssel. Im Verlauf der Kammerdebatte in Brüssel
über die Heeresbestände erklärte der Kriegsminister de
Broqueville, er wolle die Armee ohne vorgefaßte
Meinung reorganisieren. Auch er wünsche die kurzmöglichste
Dienstzeit, der letzte Krieg habe aber gezeigt, wie gefährlich
es sei, Männer mit ungenügender militärischer Vorbereitung
zu mobilisieren. Die Reservetruppen hätten sich als wertlos
erwiesen. Um aus einem Rekruten einen Soldaten zu
machen, sind sechs Monate eine zu kurze Zeit, selbst wenn die
Kadres vollständig wären, was heute nicht der Fall sei. Bei
einer Mobilisierung des belgischen Heeres würden 1070 Offi-
ziere und 16 340 Unteroffiziere fehlen.

Der Minister wies daraufhin, daß infolge der Ent-
wicklung des Automobilwesens ein deutscher Anariff

viel überraschender und schneller durch-
geführt werden könnte, als im Jahre 1914, und daß gegen
einen derartigen Angriff nur eine gute Armee etwas aus-
reichen würde. Heute würde keine Organisation Belgien in
den Stand setzen, erfolgreichen Widerstand zu leisten.

Das Freigabegezet in Washington angenommen.

Der Senat hat das Wort.

Washington. Das Repräsentantenhaus hat das Gesetz
über die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums mit 223
gegen 26 Stimmen angenommen.

Die Gesetzesvorlage sieht eine sofortige Bezahlung der
Ansprüche amerikanischer Bürger gegen Deutschland bis zu
100 000 Dollar vor. Der Rest soll in Raten gezahlt werden,
außer bei Entschädigungen für Tod oder Körperverletzung,
die sofort voll zahlbar sind. Die Vorlage enthält ferner die
sofortige Zahlung von 80 Prozent des Wertes
des deutschen Privateigentums, dessen
Rest später zahlbar sein soll sowie die sofortige Zahlung von
50 Prozent der Entschädigung für deutsche
Schiffe, Patente und Radiostationen. Die
Restzahlung dieser Entschädigung, die 100 Millionen Dollar
nicht übersteigen darf, soll ratenweise erfolgen.

Es wird gut sein, keinen übertriebenen Optimismus
an den Tag zu legen. Bekanntlich hat das Repräsen-
tantenhaus schon im vorigen Jahre die Vorlage angenommen,
sie ist dann aber im amerikanischen Senat gescheitert. Der
Senat wird sich mit der Vorlage erst im Februar beschäftigen.

170 Millionen Francs für Frankreichs Flottenrüstung.

Paris. Die französische Kammer hat ein Flotten-
programm angenommen, das den Bau von einem Kreuzer,
sechs Torpedobooten und Zerstörern, fünf Unterseebooten,
einem Minenzerstörer und zwei Aufklärungs Schiffen vorsieht.
Der Voranschlag sieht für 1927 eine Summe von 18,5 Milli-
onen Francs, für 1928 eine Summe von 150 Millionen
Francs vor.

Wie das französische Marineministerium mitteilt, wer-
den die Bauten, die das neue Flottenprogramm vorsieht,
von den Werften sofort in Angriff genommen werden, so-
bald das gesamte Flottenprogramm vom Senat angenommen
worden ist.

Arbeitskrise in Schweden

Stockholm, 23. Dezember. Die Ankündigung der
Aussperrung von 17 000 Arbeitern in den Papierfabriken
hat in der schwedischen Arbeiterschaft große Unruhe ausge-
löst. In den Eisengruben in Mittelschweden droht gleich-
falls die Aussperrung der Arbeiter. Man rechnet mit einem
Sympathiestreik der Arbeiterschaft in den lappländischen
Eisengruben. Die Eisenerzlieferungen an Deutschland wür-
den dadurch gefährdet werden.

Deutschland muß unter allen Umständen zahlen

Paris, 22. Dezember. Der „Intransigeant“ beschäf-
tigt sich erneut mit dem Bericht Parler Gilberts und schreibt:
Europa schulde Amerika 23 Milliarden Dollar, während die
deutschen Schulden 33 Milliarden Dollar (?) betragen. Wenn
nun England und Amerika bereit wären, Frankreich und
Deutschland den gleichen Schuldenbetrag zu streichen, so
hätte Frankreich nichts dagegen einzuwenden, unter allen
Umständen müßte aber Deutschland den Rest seiner Schuld